DIE LUPE

DIE LINKE.
Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg
dielinke-tempelhof-schoeneberg.de

März 2018

DIE LUPE *http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/*

„Dafür sorgen, dass die Mehrheit in diesem Land wieder besser leben kann“

Sahra Wagenknecht, die Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, wirbt im Gespräch mit Alexander King für eine soziale Offensive und kritisiert, kurz vor Ende des SPD-Mitgliederentscheids, den GroKo-Vertrag:

King: Die SPD-Spitze behauptet ja, man hätte sich zu 70% mit seinen Forderungen durchgesetzt. Wie siehst Du den neuen Koalitionsvertrag?

Wagenknecht: Olaf Scholz und Andrea Nahles wollen ihre eigenen Mitglieder und die Öffentlichkeit wirklich veralbern. Um nur einige Bespiele zu nennen: Nach wie vor kann man ohne Sachgrund Menschen befristet beschäftigen. Das ist ein Skandal, ein Angriff auf Menschenrechte. Das Armutsprogramm Hartz IV wird fortgesetzt und das Riesenproblem der Altersarmut im Koalitionsvertrag nicht einmal ansatzweise angegangen. Stattdessen hält man an der Riesterrente fest, die vor allem Versicherungskonzerne reich gemacht hat. Viele Menschen haben mittlerweile Angst vor dem sozialen Abstieg. Das betrifft auch viele, denen es einmal gut ging. Ich bekomme immer wieder erschütternde Schicksale geschildert, wo Leute etwa durch Krankheit aus der Bahn geworfen wurden und dann mit magersten Erwerbsminderungsrenten in die Armut rutschen. Diese Entwicklung wird sich mit einer neuen Großen Koalition nochmal verschärfen.

Fortsetzung auf Seite 5

Hundert Jahre Frauenwahlrecht

Die politischen Forderungen der Frauen nach gesellschaftlichen Verbesserungen und politischer Mitbestimmung und Teilhabe haben ihre Wurzeln vor allem in der Französischen Revolution (1789) und in der Märzrevolution (1848), die große Teile Europas betrafen. Massen-Verelendung und anhaltende politische Unmündigkeit waren auch 1848 die Triebfeder für die europaweite Revolution. Die bäuerliche Bevölkerung und das angehende Industrie-Proletariat mit aktiver Beteiligung der Frauen bildeten dabei die Basis der politischen Erhebungen. Radikaldemokratische, sozialrevolutionäre, frühsozialistische Forderungen trieben die Massen auf die Straßen. Die Revolution strebte u.a. politische Freiheiten im Sinne demokratischer Reformen und die nationale Einigung der Kleinstaaten des deutschen Bundes an.

Der März 1848 brachte allerdings nur einen kurzen Sieg der Demokratie über den Absolutismus. Die Frauen und das gesamte Proletariat waren von Anfang an dabei, aber sie wurden um ihr Recht betrogen, sagt Clara Zetkin.

Fortsetzung auf Seite 5

Veranstaltung zum **Internationalen Frauentag** am **8. März** 2018
19 Uhr in der Roten Insel.
Frauenmärz in Tempelhof uund Schöneberg **2.-27-März** 2018

Siehe auch S.5

Sozialberatung
mit RA Claus Föster,
Di. 13.03. 10 - 12 Uhr
in der Roten Insel

Sprechstunde mit MdA **Harald Gindra**
Montag 12.03.2018,
15 - 17 Uhr, in der Roten Insel, Feurigstr. 68, 10827 Berlin
Siehe auch S. 4

Mieterberatung
Je 2. und 4. Di. im Monat 14 - 16 Uhr im Kiezbüro

Sprechstunde mit MdA **Philipp Bertram**
Montag 12.03.2018,
15-17 Uhr, in der **Roten Insel**, Feurigstr. 68, 10827 Berlin
Siehe auch S. 4

Sozial-Rechtsberatung im Stadtbüro:
Kaiserin-Augusta-Str. 75, 12103 Berlin, Je. 2. und 4. Do., 15-17 Uhr, um Anmeldung wird gebeten. *Siehe S. 4*

Rathaus öffnen
Hier kurze Hinweise, wie man die Rathaus-Politik im Bezirk direkt beeinflussen kann. Die Verordneten von DIE LINKE beraten und unterstützen Sie/Dich gerne dabei.
Mehr Demokratie im Bezirk www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/aktuelles/buergerbeteiligung/artikel.395202.php
Einwohnerfragen Fragestunde Zu jeder BVV-Sitzung können Einwohnerinnen und Einwohner am Anfang der Sitzung Anliegen öffentlich machen und eine Antwort vom Bezirksamt abfordern: www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/einwohnerfragen/
Bürgerbegehren und Bürgerbescheid Grundsätzlich sind Bürgerbegehren zu allen Themenbereichen möglich, in denen die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) beschlussberechtigt ist.
Eingaben und Beschwerden Probleme mit Entscheidungen der Verwaltung können als Petition an den BVV-Ausschuss eingereicht werden: www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/eingaben-und-beschwerden/formular.395270.php
Bürgerbeteiligung bei Bebauungsplänen Bei neuen Bebauungsplänen sind Interventionen möglich: www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/politik-und-verwaltung/aemter/stadtentwicklungsamt/stadtplanung/bebauungsplanung/
Bebauungsplanung
BVV-Sondermittel „Zuschüsse für Vereine, Bürgerinitiativen und Projekte aller Art". www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/aktuelles-und-wissenswertes/artikel.347560.php

Die BVV am 17. Januar 2018

Mehrheit der BVV lehnt Antrag auf Einwohner_innen-Versammlung ab
DIE LINKE hatte einen Dringlichkeitsantrag (Drs. 544) für eine Anwohner_innen-Versammlung zur geplanten Errichtung des Multifunktionsbades am Ankogelweg in Mariendorf gestellt, dessen Dringlichkeit von der BVV mehrheitlich abgelehnt wurde. Auch in der, thematisch zum Ankogelbad gestellten, Großen Anfrage von DIE LINKE (Drs. 513) wurde bei dieser Einzel-Frage keine Notwendigkeit gesehen. Da aber ein Bebauungsplan lt. MzK (Mitteilung zur Kenntnisnahme) für das Grundstück Ankogelweg 95 vorliegt, sollten die Anwohner_innen informiert werden und sie wollen es auch. Stadtrat Oltmann (Grüne) will abwarten, bis mehr Informationen vorliegen, und die SPD will ebenfalls zuwarten. DER LINKEN wurde Panikmache vorgeworfen, und es war auch von „Ermüdung der Bürger" die Rede. Es ist zynisch von Grünen und SPD, so mit den Rechten der Anwohner_innen umzugehen. Eine frühe Anwohner_innen-Versammlung sollte nicht nur informieren, sondern es sollten auch gute Vorschläge von den Bürger_innen eingebracht werden können, denn sie sind letztendlich die Nutzer_innen – und auch das Geld für den Bau kommt aus keiner Privatschatulle.

Name eines Altnazis an einer Berliner Grundschule wird endlich beseitigt
Seit 1956 ist Ludwig Heck, öffentlich bekannt als überzeugter Nazi, Namensgeber einer Mariendorfer Grundschule. Erst jetzt wird es eine Distanzierung von diesem Menschen geben, der all die Jahre von den bürgerlichen Parteien als Namenspatron geduldet wurde.
In einem Antrag (Drs. 472) forderten SPD und Grüne, dass sich der Bezirk und die Schule auf der Homepage explizit von Ludwig Heck distanzieren. Auch eine Hinweistafel an der Schule soll das „Leben und nationalsozialistische Gedankengut sowie Wirken Hecks aufarbeiten". Was wir als LINKE natürlich unterstützt haben. Der Anstoß für eine Namensänderung kam offenbar (u. a.) von außerhalb Berlins, nämlich von einem Institut für Kunst und Forschung aus München und dem Forum Kritische Psychologie e.V. Den Namensvorschlag, Sara-Kaba, der von den beiden Instituten unterbreitet wurde, hätten wir gerne für die Schule gehabt. Wir haben jedoch unseren Antrag dazu im Dezember zurückgezogen, da es von der Schule selbst schon einen Vorschlag gab, nämlich Mascha-Kaléko-Grundschule, was wir auch gut finden. Unerhört in der BVV-Debatte war die scheinheilige Empörung der AfD, die die BVV in Sachen Geschichte belehren wollte. Die in diesem Zusammenhang nach außen hin gespielte Kritik und Distanzierung der AfD zu Ludwig Heck ist nicht ernst zu nehmen, da diese Partei an anderer Stelle den Holocaust verharmlost und massiv gegen Menschen, die hier Asyl suchen, auftritt. Ein Teil dieser Partei hat mit Sicherheit kein Problem mit Ludwig Heck.

Erhöhte Kohlenmonoxidwerte in Shisha-Bars festgestellt
Eine Mündliche Anfrage von BV Liesener (CDU) ergab, dass „in den vergangenen 2-3 Monaten vier Mal erhöhte Kohlenmonoxidwerte" in Shisha-Bars in unserem Bezirk gemessen wurden. Aufgrund der Kontroll-Ergebnisse wird derzeit an einer Kennzeichnungspflicht für die geschätzten 20 Shisha-Bars gearbeitet. Auch soll die Gefahrenlage durch Fachbehörden geklärt werden. Für ein Umdenken der „Raucher_innen" wären nach Meinung der LINKEN allerdings neben den ordnungspolitischen auch noch andere Maßnahmen erforderlich.

Elisabeth Wissel

Die BVV am 21. Februar 2018

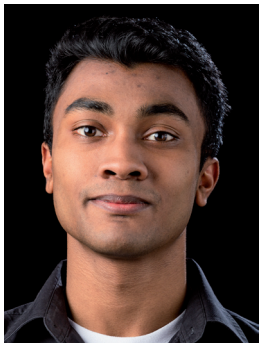
Technik-Ausfall verhinderte BVV-Sitzung
Die BVV konnte am Mittwoch, den 21. Februar, wegen des kompletten Ausfalls der Mikrofonanlage nicht stattfinden. Wie später bekannt wurde, sollen bei den schon seit Jahren stattfindenden Instandsetzungsarbeiten versehentlich die Kabel durchtrennt worden sein. Bei handwerklicher Qualitätsarbeit dürfte dies nicht passieren. Die BVV wird am Montag, den 5. März, von 17-20 Uhr fortgesetzt. Ärgerlich für uns ist, dass Druck auf die Fraktionen ausgeübt wurde, einen Großteil der Drucksachen ohne öffentliche Aussprache gleich in den Ausschuss zu verlegen. Lediglich Anwohner_innenfragen wurden beantwortet.

Forderung nach kostenfreier Sperrmüllentsorgung
Der Antrag von DIE LINKE Drs. 579 für eine „kostenfreie Sperrmüllentsorgung" wurde schon im Ältestenrat, ein Tag vor der BVV, einstimmig beschlossen. DIE LINKE fordert darin, dass eine kostenfreie Sperrmüllentsorgung mindestens einmal im Jahr, wie schon in den 80er Jahren, für alle Anwohner_innen möglich ist. Denn gerade in Hochhaussiedlungen wie in Marienfelde oder Lichtenrade türmt sich Sperrmüll häufig in den Kellern der Mieter_innen, aber auch an den Straßenrändern. Meist sind es ältere, nicht motorisierte und auch einkommensschwache Mieter_innen, die mit einer Entsorgung überfordert sind. Das Problem wurde von den anderen Fraktionen auch so erkannt, nun muss nur noch der Senat die richtige Entscheidung im Sinne der Berlinerinnen und Berliner treffen. Die allgemein prosperierenden Steuereinnahmen in Berlin sollten die Finanzierung dieses Anliegens ermöglichen.

Fortsetzung auf Seite 3

Helfen statt reden - DIE LINKE. im Rathaus ist für Sie da!

Carolin Behrenwald
Ausschüsse für: Eingabe und Beschwerden; Schule; Integration (Ausschussvorsitz); Frauen-, Queer- und Inklusionspolitik (Stellv. Ausschussvorsitz).
carolin.behrenwald@linksfraktion-ts.de



Martin Rutsch
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Ausschüsse für: Bürgerdienste und Ordnungsangelegenheiten; Straßen, Verkehr, Grün und Umwelt; Jugendhilfeausschuss.
martin.rutsch@linksfraktion-ts.de

Christine Scherzinger

Ausschüsse für: Stadtentwicklung; Wirtschaft.

christine.scherzinger@linksfraktion-ts.de

Katharina Marg

Ausschüsse für: Rechnungsprüfung; Gesundheit; Sport.

katharina.marg@linksfraktion-ts.de

Elisabeth Wissel
Fraktionsvorsitzende
Ausschüsse für: Bibliotheken, Bildung und Kultur; Soziales, Senioren und demografischer Wandel; Hauptausschuss; Facillity Management; Ältestenrat.

Telefon: 01577 34 62 721
elisabeth.wissel@linksfraktion-ts.de

Liebe Tempelhof-Schöneberger_innen,
am 18. September 2016 wurde DIE LINKE. mit 8,7 % erstmals in Fraktionsstärke in die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Tempelhof-Schöneberg gewählt. DIE LINKE. ist nun mit 5 Verordneten in der BVV vertreten. Unser Plus von 5 Prozentpunkten hat gezeigt, dass immer mehr Menschen in unserem Bezirk eine soziale Alternative zu den anderen Parteien wollen. Wir nehmen das als Verantwortung. „Helfen statt reden" - das war unser Motto im Wahlkampf. Und das ist unser Anspruch auch nach der Wahl. Wir möchten gerne Ihre eigenen Anliegen hören und mit Ihnen diese politisch umsetzen. Hierzu bieten wir j**eden Mittwoch von 15-17 Uhr im Rathaus Schöneberg (Raum 2115)** eine Sprechstunde an, zu der wir Sie herzlich einladen. Eine Anmeldung vorab ist nicht notwendig. Ferner können Sie uns auch per Mail unter **kontakt@linksfraktion-ts.de** erreichen. Wir freuen uns auf Sie!

Büro und Erreichbarkeit
im **Rathaus Schöneberg**:
Raum 2115
Tel: 30 90 277 48 98
(Neu: 30 26 59 34 86)
E-Mail: *kontakt@linksfraktion-ts.de*
Sprechstunde:
Mittwochs 15 - 17 Uhr

Fraktionssitzung:
In offener Diskussion, Gäste sind ausdrücklich eingeladen. Mitglieder, andere kommunal Interessierte und von bezirklichen Entscheidungen Betroffene können auf diese Weise Einfluss auf Vorlagen der BVV nehmen.
Fraktionssitzungstermine
Montag 19.03.2018 um 19 Uhr, Vorbereitung der BVV im Raum 2115 im Rathaus Schöneberg.

Bezirksverordnetenversammlung (BVV)
Die nächste öffentliche BVV-Sitzung: Fortsetzung der Februar-BVV-Sitzung findet am 05.03. und die reguläre Sitzung am 21.03.2018 um 17 Uhr, im Rathaus Schöneberg, BVV-Saal statt.

Die BVV am 21. Februar 2018

Mobile Wache auf dem Nollendorfplatz ohne öffentliche Aussprache beschlossen
Nachdem die CDU einen Änderungsantrag der SPD übernommen hatte, wurde ihr Antrag Drs. 565 „Sicherheit in Schöneberg Nord erhöhen – Der Kiez braucht eine mobile Wache im Bereich des Nollendorfplatzes“ gleich im Ältestenrat beschlossen. Die Mehrheit fordert eine ständige Polizeipräsenz rund um den Nollendorfplatz. DIE LINKE lehnte den Antrag ab. Wir fänden zivile und uniformierte Streifengänge der Polizei wesentlich hilfreicher, es wäre nicht nur kostengünstiger, sondern auch einsatztechnisch effektiver als eine „mobile Wache“.

Elisabeth Wissel

Dokumentiert:
Für den Sperrmüllmissstand könnte es zukünftig eine Lösung geben
Pressemitteilung
Einstimmig wurde unser Antrag **Drs. 579** für eine „kostenfreie Sperrmüllentsorgung“ bereits im Ältestenrat beschlossen. DIE LINKE fordert darin, dass eine kostenfreie Sperrmüllentsorgung mindestens einmal im Jahr, wie schon in den 80er Jahren zuvor, für alle Anwohner_innen möglich ist. Denn gerade in Hochhaussiedlungen wie in Marienfelde türmt sich Sperrmüll häufig in den Kellern der Mieter_innen. Meist sind es ältere, unmotorisierte und auch einkommensschwache Mieter_innen, die mit einer Entsorgung überfordert sind.

Eine kostenfreie Sperrmüllentsorgung hilft dabei Gesundheitsrisiken durch wilde Sperrmüllkippen zu vermeiden und der oft zu beobachtenden Verwahrlosung vor den Haustüren, an den Straßenrändern und auf Grünflächen Einhalt zu gebieten. Die allgemein prosperierenden Steuereinnahmen in Berlin sollten die Finanzierung dieses Anliegens ermöglichen. Die endgültige Entscheidung für ein gesundes sauberes Wohnen liegt nun beim Senat.

Elisabeth Wissel, Fraktionsvorsitzende
DIE LINKE in der BVV Tempelhof-Schöneberg
Berlin, Tempelhof-Schöneberg,
den 22. Februar 2018

www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/allris.net.asp

Im Abgeordnetenhaus

Harald Gindra MdA,
Sprecher für Wirtschaft und Entwicklung der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus.
gindra@linksfraktion.berlin

Kiezbüro: Hildburghauser Str. 29, 12279 Berlin
Öffnugszeiten:
Di. u. Do. 10-16 Uhr
Tel: +49 30 40 74 89 79
buero@harald-gindra.de
Sprechstunde:
Do. 1503.2018,
16 -18 Uhr**,** mit Absprache.
Mieterberatung: Je 2. u. 4. Di. im Monat 14 -16 Uhr im Kiezbüro

Philipp Bertram MdA,
Sprecher für Sport der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus
bertram@linksfraktion.berlin

Stadtbüro: Kaiserin-Augusta-Str. 75, 12103 Berlin
buero@philipp-bertram.de
Öffnungszeiten:
Mo.-Do. 10 -16 Uhr
Sprechstunde:
Je 4. Mo. 15-17 Uhr
Sozial-Rechtsberatung:
Je. 2. und 4. Do. 15-17 Uhr im Stadtbüro

Abgeordnetenhaus,
Niederkirchnerstraße 5,
10117 Berlin
Tel. +49 30 23 25 25 47

Marienfelde aktuell: Kiezbegehung gegen Leerstand und Verwahrlosung

In nur 3 Wochen sammelte die Mieterinitiative Marienfelde 1200 Unterschriften für eine bessere Versorgung der Bevölkerung des Neubaugebietes am Tirschenreuther Ring mit Einkaufsmöglichkeiten, Arztpraxen und einer Bankfiliale. Insbesondere für die weniger mobile, ältere Bevölkerung fehlt in dem Quartier z.B. ein wohnortnaher Drogist, unlängst ist auch die einzige Filiale der Sparkasse in der Hildburghauser Str. geschlossen worden. Arztpraxen stehen leer bzw. verfügen z.T. nicht über einen barrierefreien Zugang.
Und was die Marienfelder besonders aufregt, ist der trostlose Zustand des Einkaufzentrums um die Hochhäuser Hildburghauser Str. 29 mit viel Gewerbeleerstand und Verwahrlosung. Was auch den hier noch verbliebenen Gewerbetreibenden stinkt, da ihre Kundschaft durch die fehlende Attraktivität des Einkaufszentrums abgeschreckt wird. Hinzu kommt ein Vermieter (Deutsche Wohnen), der Reparaturen verschleppt und auf Reklamationen kaum reagiert. Nun haben sich auch mit Unterstützung des im Zentrum mit seinem Kiezbüro ansässigen Abgeordneten Harald Gindra (MdA, DIE LINKE) und der BVV Fraktion der LINKEN die Gewerbetreibenden und mehrere Mieter in einer Initiative zusammengetan, die Verantwortlichen der Deutsche Wohnen zu veranlassen, endlich die Missstände zu beseitigen, damit die Attraktivität des Einkaufszentrums sowie der Großraumsiedlung als Ganzes erhöht wird. Auch stehen ebenso mehrere Läden im Einkaufszentrum am Marienfelder Tor leer.
Deutsche Wohnen hatte im letzten Jahr auf Anfrage des Abgeordneten Gindra angegeben, dass eine Vermietung an eine große Drogeriekette schon lange geplant sei und nur das Bezirksamt die Bearbeitung des Bauantrages für den notwendigen Umbau mehrerer Läden verschleppt habe. Bei genauer Recherche ist jedoch herausgekommen, dass entgegen dieser Behauptung Deutsche Wohnen mehrere Nachweise u.a. im Rahmen des Brandschutzes versäumte, beim Bezirksamt einzureichen. Die Verantwortlichen der Wohnungsgesellschaft versprachen nun in einem Treffen mit den Gewerbetreibenden, diese Versäumnisse umgehend nachzuholen, damit im Frühjahr der genehmigte Bauantrag des Bezirkes vorliegen und die Umbauarbeiten sowie die Vermietung zügig erfolgen können.
Auf dieses Versprechen wollen sich weder die Gewerbetreibenden noch die Mieterinnen und Mieter verlassen. Daher laden sie gemeinsam **alle interessierten Anwohner zu einer öffentlichen Kiezbegehung mit Pressevertretern und der Bürgermeisterin Schöttler am Samstag, den 10. März um 11:00 Uhr ein,** um ihre Forderungen über den Kiez hinaus öffentlich zu machen. Alle Interessierten sind herzlich willkommen!
Treffpunkt ist die leerstehende **ehemalige Sparkassenfiliale in der Hildburghauser Str. 29**.

Carsten Schulz

Welt im Wandel – Ein Berlinale Rückblick 2018

Berlinale 2018, Les Rois Mongols
Die Berlinale zeigte in diesem Jahr, vor allem in den Sektionen Generation, Panorama und Forum, viele Beiträge, in denen es um sich verschärfende soziale Gegensätze geht. Immer mehr werden ganze gesellschaftliche Gruppen ausgegrenzt. Wer sich gestern noch mit Job und bezahlbarer Wohnung in Sicherheit wähnte, kann schon morgen beides verlieren.

Die sich verschlechternden Arbeitsbedingungen werden im portugiesischen Forum-Beitrag „Mariphasa“ thematisiert, in dem sich jemand darüber beklagt, dass er sich an auf dem Boden herumliegenden Nägeln den Fuß verletzt hätte und dies aber niemanden zu interessieren scheine. Im brasilianischen Panorama-Streifen „Tinta Bruta“ (englischer Titel „Hard Paint“) muss Pedro zur Sicherung seiner Existenz seinen Körper in virtuellen Chatrooms verkaufen, indem er das tut, was seine User verlangen. Im US-amerikanischen Panorama-Beitrag „Shakedown“ stellen Frauen ihren Körper in expliziten Posen zur Schau. In den westlichen hochentwickelten Industrieländern, aber nicht nur dort, verkommt sogar Sexualität zu einem anonymen, entfremdeten Konsumprodukt.

Der US-amerikanische Panorama-Dokumente Beitrag „The Silk and the Flame“ zeigt den Einfluss des Kapitalismus auf den Lebensalltag auch im offiziell noch kommunistischen China. Auf der einen Seite der Reichtum in den Großstädten und andererseits Armut auf dem Land. Wie selbstverständlich unterstützt der Protagonist Yao, der in Beijing gut verdient, seine Familie mit Geldzahlungen und verheimlicht aus Angst vor Ablehnung, dass er schwul ist. Er ist auf der Suche nach einem passenden Mann. Das traditionelle Leben mit Frau und Kindern sagt ihm nicht zu.

In der Sektion „Generation“, die Filme für ein minderjähriges Publikum zeigt, geht es vor allem um Jugendliche, die unter sich rasant verändernden Lebensbedingungen nach Halt und Wärme suchen.

Fortsetzung auf Seite 6

„Dafür sorgen, dass die Mehrheit in diesem Land wieder besser leben kann“ *Fortsetzung von Seite 1*

Wer für die Wiederherstellung des Sozialstaats eintritt, der kann diesen unsozialen Vertrag nur ablehnen. Ich wünsche mir jedenfalls, dass sich die Basis der SPD ein Herz fasst und gegen den Koalitionsvertrag stimmt.

King: Gibt es denn noch andere Gründe hier NEIN zu sagen?
Wagenknecht: Auch friedenspolitisch ist der Koalitionsvertrag eine Katastrophe. Anders als Martin Schulz und Sigmar Gabriel im Wahlkampf noch versprochen haben, hat die SPD jetzt dem 2%-Ziel der NATO zugestimmt. Das heißt, dass Union und SPD gemeinsam dafür eintreten, den deutschen Militärhaushalt von derzeit 37 auf über 70 Milliarden Euro zu erhöhen. Das ist die größte Steigerung in Deutschland seit dem Ende des 2. Weltkriegs. Das heißt, dass der Wahnsinn der Aufrüstung gegen Russland noch weiter gesteigert wird. Da darf man einfach nicht zustimmen. Denn das Ganze bedeutet ja nicht nur, dass durch diese Investitionen in Kriegsvorbereitung und die Aufrüstung von NATO und EU ein neuer Rüstungswettlauf in Europa vom Zaun gebrochen werden wird, sondern dies ist zugleich ein Angriff auf den Sozialstaat. Denn wer sich weigert, Vermögensteuern einzuführen und nicht mal die Superreichen zur Kasse bitten will, dafür aber den Rüstungsetat exorbitant erhöht, wie will der denn sozialstaatliche Sicherungen in der Zukunft überhaupt finanzieren? Statt in Wohnungen, Schulen und Kitas investieren Union und SPD lieber in Kampfjets, Kriegsschiffe und neue Panzer.

King: Was wären denn die Folgen, sollten sich die SPD-Mitglieder mehrheitlich für eine Neuauflage der Koalition einsetzen?
Wagenknecht: Viele Menschen in der Bundesrepublik haben überhaupt nichts vom wirtschaftlichen Aufschwung, die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Mit einer Neuauflage der Großen Koalition von CDU und SPD droht ein lähmendes „Weiter so!“. Dann wäre auch ein weiterer Rechtsruck vorprogrammiert. Das neoliberale System würde noch weiter gestärkt. Die AfD würde zugewinnen.

King: Was kann DIE LINKE tun angesichts dieser drohenden Misere?
Wagenknecht: Wir brauchen dringend eine soziale Offensive. Es muss unser Ziel sein, dafür zu sorgen, dass die Mehrheit in diesem Land wieder besser leben kann. Viele Menschen klagen über niedrige Löhne und Renten, bekommen auch mit guter Ausbildung immer wieder nur befristete oder Leiharbeitsverträge.
Rot-Rot-Grün ist als Option jedenfalls tot. Die Grünen rücken immer weiter nach rechts und biedern sich bei der Union als Koalitionspartner an. Die SPD unter Scholz und Nahles arbeitet erfolgreich an ihrem eigenen Untergang. Eine soziale Wende ist hier nicht erkennbar. Deshalb brauchen wir die Diskussion um eine linke Sammlungsbewegung, die die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung für ein besseres Leben, für bezahlbaren Wohnraum und gute, sichere Arbeitsplätze aufnimmt. Wer nicht weiter zusehen will, wie Rechtspopulisten in diesem Land immer stärker werden, der sollte sich dieser Diskussion nicht verweigern.

Hundert Jahre Frauenwahlrecht *Fortsetzung von Seite 1*

Die Forderung der Frauen nach Gleichberechtigung wurde jedoch nie aufgegeben, sie wurde später – nicht ohne den Widerstand von Männern – ins Parteiprogramm der SPD aufgenommen. Eine führende Rolle in den Kämpfen Anfang des 20. Jahrhunderts spielten Sozialistinnen wie Clara Zetkin und Rosa Luxemburg. Aufgrund des Verrats der Sozialdemokraten an ihren grundsätzlichen Zielen und der Befürwortung des Ersten Weltkrieges spaltete sich die Linke. Die kommunistische Frauenbewegung setzte das einst im marxistischen Geiste begonnene, später aber verratene Werk der sozialdemokratischen Frauen fort. Beide Bewegungen entwickelten einen unüberbrückbaren Gegensatz. Die SPD propagierte die bürgerliche Gesell-schaftsordnung mit ihren rechts- und wirtschaftspolitischen Maximen als Staatsfundament; im Gegensatz dazu stand das demokratische, sozialistische Staatsverständnis der KPD. Volle Frauenemanzipation durch Reform der bürgerlichen Gesellschaft oder durch die Revolution, dies war eine der gravierenden Fragen, die beide trennten.
1918 war das Jahr der heftigsten Streiks und Kämpfe, die Monarchie wurde endlich gestürzt und dem Ersten Weltkrieg ein Ende gesetzt. Unter großer Beteiligung gewerkschaftlich und politisch organisierte Frauen begannen die landesweiten Erhebungen der November-Revolution. Obwohl die Bevölkerung mehrheitlich für einen radikalen sozialen Wandel eintrat, schlug die reaktionäre Law and Order-SPD-Regierung („Bluthund Noske“) die Aufstände blutig nieder. Mit der Ausrufung der Republik und der Einführung des allgemeinen Wahlrechts (für Männer und Frauen) und einiger grundlegender demokratischer Zugeständnisse – wie Pressefreiheit, Streikrecht, und 8-Std-Arbeitstag – gab sich die Republik formal zufrieden. Aber wirkliche nachhaltige, die Mehrheit der Gesellschaft betreffende Verbesserungen hat es danach vorerst nicht mehr gegeben.

Elisabeth Wissel

DIE LINKE im Gespräch mit Nachbarn im Schöneberger Norden - Auftakt der Veranstaltungsreihe **„Kiez trifft DIE LINKE“**
Die Situation der autonomen Jugendzentren Drugstore und Potse, Verwahrlosungstendenzen und Drogenhandel zwischen Crellemarkt und U7-Einstieg (Yorckstraße), sozialer und unsozialer Wohnungsbau, Verdrängung von Mietern, sinnvolle und weniger sinnvolle städteplanerische Projekte, Vertragsverhandlungen für das Hausprojekt in der Mansteinstraße - all diese und noch mehr Problemlagen im Schöneberger Norden konnte DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg gestern Abend mit rund 25 interessierten und engagierten Nachbarn im Leydicke diskutieren. Wir haben viele Anregungen für die Arbeit des Bezirksverbands, der BVV-Fraktion und der AGH-Fraktion aufgenommen. Danke an Elisabeth Wissel und Philipp Bertram, die Rede und Antwort standen, und an das Team von Leydicke, das uns bewirtet hat. Am 15. März findet der nächste Kiez-Kneipen-Abend im „Kuckuckskei“ in der Barbarossastraße statt.

A.K.

Frauenmärz in Tempelhof und Schöneberg 2.-27-März 2018
Montag 12.März, 19 Uhr
Emanzipatoriscje Kämpfe für Gleichberechtigung, 19 Uhr Rathaus Schöneberg
Samstag 17.März, 14 Uhr
Arbeiterinnenbewegung in Friedenau, *Stadtspaziergang* mit Dr. Christine Scherzinger

Mehr als 3.5 Millionen Erwerbslose. Zeit zu handeln statt zu tricksen

Wer die tatsächliche Arbeitslosigkeit erfassen will, muss ehrlich rechnen. (...) Hier ist die tatsächliche Zahl, die allein auf amtlichen Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit beruht. Im **Februar 2018** tatsächlich fast **3.5 Millionen Menschen** arbeitslos. Darüber hinaus tauchen **134.000** nicht erwerbstätige Personen – die korrigierte sog. **stille Reserve**[1] – in keiner Arbeitslosenstatistik auf, weil sie sich entmutigt vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben und sich nicht (mehr) als arbeitslos registrieren lassen.

Offizielle Arbeitslosigkeit im Februar 2018 **2.545.936**

Nicht gezählte Arbeitslose verbergen sich hinter:

Älter als 58 beziehen Arbeitslosengeld I und/oder ALG II [0] 164.847
Ein-Euro-Jobs (Abeitsgelegenheiten) 65.469
Förderung von Arbeitsverhältnissen [2] 6.965
Fremdförderung 265.640
Bundesprogramm soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt [3]Besch.sforderung 15.648
Berufliche Weiterbildung 156.504
Aktivierung und berufliche-Eingliederung (z.B. Vermittlung durch Dritte) 188.518
Beschäftigungszuschuss (für schwer vermittelbare Arbeitslose) 2.210
Kranke Arbeitslose (§126 SGB III) 80.679

Nicht gezählte Arbeitslose gesamt: 944.480

Tatsächliche Arbeitslosigkeit im Februar 2018 **3.490.416**

Quelle: BfA Monatsbericht Februar 2018, Tab. 6.7. [0]Die dort aufgeführte Altersteilzeit sowie Gründungszuschusse und sonstige geförderte Selbstständigkeit haben wir in der Tabelle nicht berücksichtigt. Die dort ebenfalls älteren Arbeitslosen die aufgeführten auf Grund verschiedene rechtliche Regelungen (§428 SGBIII, 65 Abs. 4 SGBII, 53a, Abs. 2, SGB II u.a.) nicht als Arbeitslose zählen, älter als 58 beziehen ALG I oder ALGII. [1]IAB Kurzbericht 9/2017 Seite 10; (Stille Reserve im engeren Sinn - Prognose 2017/2017) [2]Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen... zum Juli2012(...) zur Förderun von Arbeitsverhältnisse (**FAV** verbunden. [3]Mit 05.2016 neu in Berichterstatung der unterbeschäftigungaufgenommen.

Kiez trifft DIE LINKE – unsere Tour durch die Kiez-Kneipen des Bezirks

In unseren Kiezen verschärft sich der Kampf um Wohn- und Gewerberaum. Mieter und soziale Projekte sind von Verdrängung bedroht. Anwohner kämpfen gegen Privatisierung von Grundstücken und Liegenschaften, für einen fahrradfreundlichen Bezirk, gegen Müll und Verwahrlosung. Sie wollen in städtebauliche Planungen einbezogen werden. Was liegt in Ihrem Kiez, im Bezirk, in Berlin, in Deutschland im Argen und muss dringend geändert werden? Und wie packen wir das gemeinsam an? DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg will sich mit Ihnen darüber austauschen – im lockeren Gespräch mit Getränken und Knabbereien. Elisabeth Wissel, Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion in der BVV Tempelhof-Schöneberg, Harald Gindra und Philipp Bertram, Abgeordnete aus Tempelhof-Schöneberg im Berliner Abgeordnetenhaus, sowie Alexander King, Bezirksvorsitzender DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg, ziehen durch die Kiez-Kneipen des Bezirks. Den Anfang machten wir am Dienstag, den 27. Februar, um 19:30 Uhr in der Schöneberger Gaststätte **Leydicke** (Mansteinstr. 4). Am Donnerstag, den 15. März, ab 19 Uhr sind wir im **Kuckucksei** (Barbarossastr. 5), ebenfalls in Schöneberg. Am Donnerstag, den 12. April, 19 Uhr, geht's weiter im **Tempio Antico** (Manteuffelstr. 5) in Tempelhof und am Montag, den 11. Juni, 19 Uhr, im **Sponholz** (Hauptstr. 89) in Friedenau. Kiez-Kneipen-Abende sind auch in Mariendorf, Marienfelde und Lichtenrade geplant und werden in einer der folgenden Ausgaben angekündigt.

Wir freuen uns auf die Diskussion mit Ihnen!

Alexander King

Welt im Wandel – Ein Berlinale Rückblick 2018

Fortsetzung von Seite 4

Im iranischen Beitrag „Dressage" rauben Golsa und ihre Freund_innen mehr aus Langeweile als aus Not einen Kiosk aus, Golsa fühlt sich haltlos und ihre einzige wirkliche Leidenschaft ist ein Pferd, um das sie sich liebevoll kümmert. Ihre Eltern sind auf einen Immobilien-Deal hereingefallen. Skrupellose Makler und Immobilienbesitzer nutzen eben auch im Iran das Unwissen von unbedarften Käufern aus.

Die Sehnsucht Jugendlicher nach Liebe und Zuneigung wird auch im dänischen Beitrag „Danmark" deutlich: Um einem Bekannten ein „Kind unterzujubeln", schläft Josephine mit ihm und behauptet dann, dass er der Vater des Kindes sei. Hieraus entwickelt sich dann eine junge Liebe. Im niederländisch-belgisch-deutschen Beitrag „Cobain" kümmert sich der Titelheld liebevoll um seine drogenabhängige Mutter, was ihn zuweilen zu überfordern scheint. Auf der Suche nach Zärtlichkeit sucht er die Nähe zu einer Sexarbeiterin. In diesen beiden sehenswerten Filmen wird das Auseinanderfallen von Strukturen in einer Welt, in der es immer mehr nur um Profitgier geht, deutlich. Eltern sind aufgrund finanzieller und sozialer Probleme nicht mehr in der Lage, sich um ihre heranwachsenden Kinder zu kümmern.

In einigen Filmen gehen die Protagonist_innen einen eigenständigen, emanzipatorischen und rebellischen Weg. Ein Beispiel ist der Dokumentarfilm „What Walaa wants" (Kanada/Dänemark). Die rebellische Walaa wird von ihrem 15. bis zu ihrem 20. Lebensjahr begleitet, während dieser Zeit schafft Walaa es, allen Unkenrufen zum Trotz, bei der palästinensischen Autonomiebehörde einen interessanten Job zu bekommen. Sie übersteht den enormen Drill sogar besser, als ihre männlichen Mitbewerber. Als ihr Chef ihr zum Abschied einen Plastikbecher mit Wasser schenkt, ist die optimistische und lebenslustige Walaa mächtig stolz, Kopftuch hin, Kopftuch her. Es kommt eben auch immer darauf an, was für ein Kopf dahinter steckt.

Erfrischend ist auch der kanadische Beitrag „Les Rois Mongols" (Cross my heart): Manon und ihrem kleinen Bruder Mimi droht die Unterbringung bei Pflegeeltern, da der Vater an Krebs erkrankt und die Mutter überfordert ist. Manon und ihre Cousins entführen eine alte Frau und suchen Unterschlupf in einer abgelegenen Hütte. Die alte Frau ist erleichtert, als sie erfährt, dass sie den Kindern und Jugendlichen lediglich eine gute Oma sein soll und dass ihr kein Leid geschehen wird. Sie werden Freunde. Die Idylle hält, bis die Polizei das Abenteuer beendet.

Erwähnenswert sind noch die Beiträge „Blue Wind Blows" (Japan), „Les faux tatouages" (Kanada) sowie „Kissing Candice" (Irland), auch wenn letzterer aufgrund seiner Perspektivlosigkeit für ein minderjähriges Publikum etwas verstörend wirkt. Neben Resignation und dem sich Einfügen in das scheinbar unvermeidbare Schicksal gibt es also auch den phantasievollen Kampf für eine bessere Welt! Es lohnt sich, für einen Gegenentwurf zum rigorosen Kapitalismus, in dem es nur noch um Geld und nicht mehr um die Menschen geht, zu kämpfen!

Bedauerlich ist, dass viele dieser wirklich tollen Beiträge es wahrscheinlich nie in die regulären Kinos schaffen werden; aber Obacht, ab und zu schafft es doch mal ein Film in die Independent-Kinos oder Kinos der Yorck-Gruppe. Ein Beispiel ist der momentan in verschiedenen Indie-Kinos gezeigte koreanische Beitrag „On the beach at night alone" von der Berlinale 2017. Genaues Studieren der Filmprogramme lohnt sich also.

Kai Jensen

Tödlicher Fahrradunfall am Kaiser-Wilhelm-Platz

Der erste tödliche Fahrradunfall diesen Jahres passierte am 23. Januar 2018 am Kaiser-Wilhelm-Platz. Eine 52jährige Radfahrerin wollte am frühen Morgen von der Kolonnenstraße kommend nach links in die Hauptstraße abbiegen. Sie fuhr auf dem Fahrradstreifen, um die Hauptstraße zu überqueren. Ein LKW neben ihr nahm ihr die Vorfahrt und bog nach rechts ab. Eine klassische Gefahrensituation. Der LKW erfasste die Radfahrerin, die noch an der Unfallstelle an ihren schweren Verletzungen starb.

Die Straßenbreite reicht nicht aus für eine Fahrradspur und zwei Autospuren in der Kolonnenstraße Richtung Hauptstraße. Die Verkehrsteilnehmer*innen kommen sich schon aus Platzgründen in die Quere. Das Problem ist seit mindestens zehn Jahren bekannt. Auf Antrag der Grünen hatte die BVV im letzten Sommer, am 19. Juli 2017, dem Bezirksamt empfohlen, sich bei den zuständigen Stellen für eine zeitnahe Abhilfe einzusetzen. Beschlossen wurde ebenfalls: „Als kurzfristige Maßnahme zum Schutz des Radverkehrs soll die Fahrradspur zwischen Crelle- und Hauptstraße rot eingefärbt sowie das Fahrradpiktogramm erneuert werden."

Für die Kolonnen- und Hauptstraße als Teile des übergeordneten Straßennetzes ist die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz zuständig. Vollmundig verkündet deren zentrale Straßenverkehrsbehörde „Verkehrslenkung Berlin" (VLB) das Leitmotiv: „Sichere Mobilität in Berlin für alle Verkehrsteilnehmer". Mit ihrer Kampagne „Berlin nimmt Rücksicht" klärt die Senatsverwaltung seit 2012 über klassische Gefahrensituationen auf. So sinnvoll dies einerseits ist, fügt es sich jedoch – wenn es dabei bleibt – in eine Politik neoliberaler Stadtgestaltung ein, wenn die Verantwortung für die Sicherheit im Straßenverkehr allein in die freiwillige Verantwortung der Verkehrsteilnehmer*innen gelegt wird.

400 Menschen fordern: Stop killing cyclists

Schon kurz nach dem Unfall hängten Nachbar*innen ein handgeschriebenes Schild mit dem Hashtag „# Stop killing cyclists" an den Baum auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz, stellten Kerzen auf und legten Blumen dazu. Am Tag nach dem Unfall kam die zuständige Senatorin Regine Günther zu einem Vor-Ort-Termin. Der ebenfalls anwesende Leiter der VLB, Axel Koller, teilte mit, der BVV-Antrag sei erst im November 2017 bei ihm eingetroffen. Die als Sogortmaßnahme geforderte Einfärbung des Fahrradstreifens könne witterungsbedingt erst im Frühjahr erfolgen. Dann soll der Fahrradstreifen so verbreitert werden, dass es nur noch eine Autospur gibt. Senatorin Günther versprach, sich auf Bundesebene für Notbremssysteme an LKWs einzusetzen, und nach und nach besonders kritische Unfallschwerpunkte in Berlin zu entschärfen. Der Tagesspiegel berichtet dazu in seiner Online-Ausgabe vom gleichen Tag: „Die Schöneberger Unfallkreuzung, für viele im Kiez ein täglicher Graus, steht weit hinten auf der Brennpunktliste. Etwa auf Platz 600, sagt Jochen Schledz, der die Unfallkommission leitet. In absoluten Zahlen laut Polizei: 87 Verkehrsunfälle gab es in den vergangenen drei Jahren an dieser Kreuzung – und sechs verletzte Radfahrer. "

Ebenfalls am 24. Januar organisierte der „Allgemeine Deutsche Fahrradclub" (adfc) gemeinsam mit dem Verein „Changing Cities", der aus der Initiative des Volksentscheid Fahrrad hervorgegangen ist, eine Mahnwache auf der Kreuzung. Es kamen etwa 400 Nachbar*innen und Radfahrende aus der ganzen Stadt.

Behörden sollen Menschenleben schützen

Denis Petri, der politische Referent von „Changing Cities" kritisierte: "Es ist ein Armutszeugnis der Verantwortlichen in der Politik, dass sie offenbar weiter gewillt sind, das stille Sterben auf den Straßen auch künftig zu akzeptieren. In Berlin wird die Vision Zero, die zum Ziel hat, schwere Personenschäden auf null zu bringen, zwar im Mobilitätsgesetz festgeschrieben, aber nicht mit konkreten Reduktionszielen unterlegt. Im Bund kuschen die künftigen Koalitionäre weiter vor der Autolobby." Er machte die behördliche Untätigkeit für den Tod der Radfahrerin verantwortlich und forderte: "Interessenabwägungen dürfen niemals zu Lasten von Menschenleben gehen!". Petri fragte, was wohl geschehen würde, wenn ein Flugzeug abstürzte, weil es ein halbes Jahr nicht gewartet wurde, oder wenn eine ungesicherte tonnenschwere Maschine in einer Fabrik Menschen unter sich begraben würde? Er betonte, dass er auch gegen seine eigene Angst anrede, selbst Opfer zu werden oder dies im Kreis seiner Angehörigen erleben zu müssen.

Für den adfc sprach der Sprecher der Stadtteilgruppe Schöneberg, Markus Kollar. Er betonte, dass der Radverkehr in der Stadt nur sicherer gemacht werden könne, wenn es weniger Platz für KFZ gäbe. Den Behörden warf er vor, dass sie die Priorität auf die Flüssigkeit des Autoverkehrs legen, was mit Menschenleben bezahlt würde. Er wies darauf hin, dass selbst Verbände von Spediteuren mittlerweile eine bessere technische Ausstattung befürworten würden, um solche Unfälle zu vermeiden. Ebenso wie „Changing Cities" fordert auch der adfc zum Beispiel den verpflichtenden Einbau von Abbiegeassistenten in LKWs, die Radfahrende erkennen können und Warnsignale geben.

Letztlich sind die LKW-Fahrer*innen ebenfalls Opfer, auch wenn sie als Stärkere solche Unfälle überleben. Neben der notwendigen technischen Ausstattung kämen auch bessere Arbeitsbedingungen mit garantierten Ruhezeiten und weniger Zeitdruck ihrer Aufmerksamkeit zugute, und könnten sie vor dem traumatisierenden Erlebnis, einen Menschen getötet zu haben, schützen. Grundsätzlichere Überlegungen zur Gestaltung einer menschen- statt autofreundlichen Stadt sind auch in diesem Zusammenhang nicht zu vernachlässigen.

Ein „Geisterrad" zur Erinnerung und Mahnung

Nach dreimaligem Fahrradklingeln setzten sich die Teilnehmenden der Mahnwache für einige Schweigeminuten auf den Boden. Der adfc stellte auf dem Mittelstreifen der Hauptstraße, direkt an der Unfallstelle, ein „Geisterrad" auf: Ein weißes Rad, wie es zur Erinnerung und Mahnung an getötete Radfahrer*innen an vielen Stellen dieser Stadt zu finden ist.

Am Tag danach brennen noch einige Kerzen. Auf dem handgeschriebenen Schild „Stop killing cyclists" hat jemand hinzugefügt: „Heute sind auch 1000 Kinder verhungert!" Ich überquere die Hauptstraße zu Fuß, selbstverständlich bei grüner Ampel, ein aus der Kolonnenstraße rechtsabbiegender PKW hält auf mich zu, ohne seine Geschwindigkeit zu verringern. Ob er rechtzeitig halten könnte, wenn ich stolpern würde? Ich lege einen Schritt zu, und frage mich, wie es wäre, wenn ich mal nicht mehr so gut zu Fuß bin und ob ich hier wirklich alt werden möchte.

Elisabeth Voß
Bürgerdeputierte (sachkundige Bürgerin) im Stadtentwicklungsausschuss (parteilos) www.elisabeth-voss.de

Basisorganisation Tempelhof mit neuem Sprecher_innenrat

Der neue Sprecher_innenrat (von links): Elisabeth Wissel, Martin Rutsch, Helga Ebbers, Lukas Scholle.

Foto: *Julie Borges*

Bei ihrer Sitzung im November 2017 wählte die Basisorganisation Tempelhof einen Sprecher_innenrat (kurz: SpR). Diesem gehören die Genoss_innen Elisabeth Wissel, Helga Ebbers, Lukas Scholle und Martin Rutsch an. Letzterer hatte zuvor schon die Leitung der Basisorganisation innegehabt. Ziel des neuen SpR ist es, die Verankerung der Linken im Altbezirk Tempelhof zu vergrößern und die Vernetzung mit kommunalen Akteuren zu verstärken.

Martin Rutsch

Mieter-Aufruf: *Gentrifizierung* - Wir sind an Ihren Erfahrungen interessiert!

DIE LINKE als kleine Partei in einem großen Bezirk kann nicht überall sein. Wir wollen aber herausfinden, in welchem Umfang und mit welchen Methoden sich Ihre Nachbarschaft verändert. Warum Mieter mit kleinem Einkommen wegziehen müssen und sich die sogenannte „Aufwertung“ von Kiezen breit macht.

Deswegen bitten wir Sie um Informationen: Wo werden aufwändige Sanierungen geplant, verbunden mit der Ankündigung erheblicher Mietsteigerungen? Wo werden ganze Häuser „leergezogen“ um grundzusanieren und anschließend in Eigentumswohnungen umzuwandeln? Wo werden Wohnungen zu Ferienwohnungen umgewandelt oder bereits als solche genutzt? Wo werden die weitgehenden Mieterhöhungsspielräume extrem ausgenutzt? Wo werden Wohnungswechsel zu extremen Mieterhöhungen genutzt? Wo müssen Hartz-IV-Haushalte Wohnungen räumen, weil sie eine Aufforderung des JobCenters erhielten, ihre Mietkosten zu senken?

Wir wollen Ross und Reiter nennen, weil wir nicht nur aus nüchternen Statistiken die Änderung der Lebensumstände von so vielen Menschen in unserem Bezirk bewerten wollen. Wir wollen diese Erfahrungs- und Wissenssammlung in politische Initiative umsetzen: krasse Fälle öffentlich machen, die Vernetzung und den Widerstand unterstützen und im Rahmen unserer Möglichkeiten auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene parlamentarische Initiativen anstoßen.

Helfen Sie uns dabei!

Mieter-Notrufe an: Mi. 15-17 Uhr: 902 77 48 98
Per E-Mail an *kontakt@linksfraktion-ts.de* oder per Post an: DIE LINKE, Feurigstraße 68, 10827 Berlin

DIE LINKE.
Tempelhof - Schöneberg
Bezirksgeschäftsstelle:
Feurigstr. 68,
10827 Berlin
Öffnungszeiten:
Di. und Do: 11 - 18 Uhr
Mo. und Fr: 11 - 15 Uhr
Tel. : +49 30 21 997-140
Fax: +49 21 729 26
E-Mail: bezirk@dielinke-tempelhof-schoeneberg.de
Webseite: www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de

Termine in der Roten Insel

Mitgliederversammlung
Do. 22.03.2018, 19 Uhr
Bezirksvorstand
14. u. 28.03.2018, 19 Uhr
Basisorganisationen(BO)
BO Schöneberg
05.03.2018, 19 Uhr
BO Tempelhof
22.03.2018, 19 Uhr, Rudolf-Wissell-Haus. Alt-Mariendorf 24-26, 12107 Berlin-Mariendorf
Arbeitskreis Kommunale Altersversorgung (AKA)
Telefonisch erfragen
Beratungstermine für KulturLeben: Anmeldung Je 3. Di.: 20.03. , 16 -18 Uhr
AK-Rotebeete
20.03., 19 Uhr
Lesekreis Karl Marx
10.03. 17 Uhr

Bezirksfraktion: S. 3
Unser Abgeordneter:
Harald Gindra, MdA, S. 4
Philipp Bertram, MdA, S. 4

JobCenter-Infostand
Telefonisch erfragen

Inselgespräche
03.03.2018, 15 Uhr

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE Berlin, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Redaktion: DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg; Berliner Bank IBAN: DE 75 1007 0848 0525 6078 06 BIC: DEUTDEDB110; Erscheinungsweise: 10-12x jährlich; diese Ausgabe: Auflage: 2.000 Exemplare; V.i.S.d.P.: Bezirksvorstand, Alexander King, Layout: Grace Irazoque; Druck: Bunter Hund; Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des Autors oder der Autorin wieder und entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion oder des Bezirksvorstandes. Januar/Februar-2018-Planung: 13.12.2017. Redaktionschluluß war 15. Februar 2018. **Schlussredaktion: 28.03.2018**. Planung für die März 2018-Ausgabe ist der 24.01.2018. Redaktionschluß 15.02.2018. Diese Nummer erscheint **online** voraussichtlich am 01.03.2018, in Druckversion am 05.03.2018.

www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/